

Schriften zum Strafrecht

Band 288

Rechtfertigungsgründe im Wirtschaftsstrafrecht

Von

Florian Jochen Späth



Duncker & Humblot · Berlin

FLORIAN JOCHEN SPÄTH

Rechtfertigungsgründe im Wirtschaftsstrafrecht

Schriften zum Strafrecht

Band 288

Rechtfertigungsgründe im Wirtschaftsstrafrecht

Von

Florian Jochen Späth



Duncker & Humblot · Berlin

Die Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft, Hamburg
hat diese Arbeit im Jahre 2014 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Konrad Triltsch GmbH, Ochsenfurt

Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach

Printed in Germany

ISSN 0558-9126

ISBN 978-3-428-14782-3 (Print)

ISBN 978-3-428-54782-1 (E-Book)

ISBN 978-3-428-84782-2 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meiner Mutter, meinem Vater
und Tini*

Vorwort

Vorliegende Arbeit wurde im Frühjahrstrimester 2015 an der Bucerius Law School, Hochschule für Rechtswissenschaft, Hamburg als Dissertation angenommen.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Thomas Rönau, bin ich im Hinblick auf die Auswahl des Themas, die vielfältigen Anregungen und die Durchsicht der Arbeit zum Dank verpflichtet. Herrn PD Dr. Florian Knauer danke ich für die offene Kommunikation im Zusammenhang mit der Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein besonderer Dank gilt denjenigen, die mich bei der Erstellung der Arbeit mit Rat & Tat unterstützt haben – allen voran den vielen Korrekturlesern, ferner dem Bibliotheksteam der Law School und meiner Assistentin Simone Schmiegel für die Finalisierungsarbeiten.

Der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung, Hamburg danke ich für die Unterstützung im Zusammenhang mit der Veröffentlichung.

Frankfurt, im Oktober 2015

Florian Jochen Späth

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

Einführung	27
A. Rechtfertigungsgründe im Wirtschaftsstrafrecht als Gegenstand der Untersuchung . .	27
B. Gang der Darstellung	30

2. Teil

Überlegungen zu den Grundbegriffen der Arbeit – Wirtschaftsstrafrecht, Rechtswidrigkeit und Rechtfertigung	32
A. Der Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	32
B. Strukturprinzipien von Rechtfertigungsgründen und der Ausschluss strafrechtlichen Unrechts durch Erlaubnissätze	35
I. Gemeinsame Strukturen von Erlaubnissätzen	35
1. Der Grobaufbau eines Rechtfertigungsgrundes	36
2. Rechtfertigungsregeln mit „überschießender Innentendenz“?	37
3. Systematische Erwägungen zu Rechtfertigungsgründen	39
a) Erforderlichkeitsprinzip	39
b) Mangelndes und überwiegendes Interesse	41
4. <i>Numerus clausus</i> der Rechtfertigungsgründe?	42
5. Erlaubtes Risiko und Sozialadäquanz	42
a) Sozialadäquanz	43
b) Erlaubtes Risiko	44
II. Der Ausschluss strafrechtlichen Unrechts durch Rechtfertigungsgründe	45
1. Rechtfertigung als eigene Wertungskategorie im Strafrecht	45
2. Unrechtsausschluss bei Vorliegen einer Pflichtenkollision	49

3. Teil

Die allgemeinen Rechtfertigungsgründe im Wirtschaftsstrafrecht	52
A. Die Notwehr	52
I. Einführung: Anwendungsbereich der Notwehrvorschriften im Wirtschaftsstrafrecht?	52

II. Die Notwehr in der allgemeinen Rechtfertigungsdogmatik	55
1. Konzept und <i>ratio</i> des Notwehrrechts	56
a) Selbstschutzgedanke der Notwehr	56
b) Rechtsbewährungsprinzip	57
2. Notwehrlage	57
a) Notwehrfähige Rechtsgüter	57
b) Gegenwärtigkeit	59
3. Notwehrhandlung	60
a) „Drittwirkung“ der Notwehr?	60
b) Institutionalisiertes Verfahren und Notwehr	61
III. Notwehr gegen Rechtsgüter einer juristischen Person	63
1. Mögliche Angriffsrichtungen und Notwehrkonstellationen unter Beteiligung eines Unternehmens	63
2. Angriff des Organs als eigener Angriff der juristischen Person?	64
a) Handlungsfähigkeit als Voraussetzung einer Angriffshandlung	67
b) Juristische Person und Rechtsbewährungsprinzip	69
c) Zwischenergebnis	70
3. Zurechenbarkeit von Angriffen eines Organs mit Wirkung auch für die juristische Person	71
4. Ergebnis zur Notwehr gegenüber Unternehmen	73
IV. Notwehr im Abwehrboykott, der wettbewerbsrechtliche Abwehreinwand und „Notwehr zwischen Unternehmen“	75
1. Einführung in die Problemstellung: Rechtfertigungsgründe und nationales Kartellsanktionsrecht	75
a) Unsicherheiten für die Rechtfertigungslehre in diesem Bereich	76
b) Die Konstellation des sog. Abwehrboykotts	77
2. Rechtfertigungsgründe im Abwehrboykott und die Absicht unbilliger Beeinträchtigung in § 21 Abs. 1 GWB	78
a) Rechtsfolgen bei einem Verstoß gegen § 21 Abs. 1 GWB	79
b) Auslegung der Unbilligkeit in § 21 Abs. 1 GWB – Anwendbarkeit von Rechtfertigungsgründen?	80
aa) Unbilligkeit als Teil einer „überschießenden Innentendenz“	80
bb) Unbilligkeit als offene Abwägung aller Interessen	81
cc) Für die Unbilligkeit erforderliche Form des Vorsatzes	83
(1) Diskussion um die Vorsatzform im Bußgeldtatbestand	83
(2) Parallele zu den kupierten Erfolgsdelikten	84
c) Zwischenergebnis: Möglichkeit eines Rückgriffs auf Rechtfertigungsgründe in Fällen des Abwehrboykotts	86
3. Verhältnis der Notwehr (§ 15 OWiG) zum wettbewerbsrechtlichen Abwehreinwand	88
a) Die Dogmatik des Abwehreinwands im Kartellbußgeldrecht	88

b) Verhältnis der kartellrechtlichen Abwehr zur Notwehr	91
aa) Angriff im Abwehreinwand und in der Notwehrlage	92
bb) Rechtswidrigkeit und Gegenwärtigkeit in Abwehr und Notwehr	94
cc) Abwehrhandlung und Notwehrhandlung	96
(1) Eingriff in Rechtsgüter des Angreifenden	96
(2) Erwägungen zur Erforderlichkeit	98
c) Zwischenergebnis: Verhältnis zwischen Abwehr und Notwehr	99
4. Rechtfertigung des auffordernden Organs im Recht der Ordnungswidrigkeiten	101
5. Abwehreinwand und Unternehmensnotwehr <i>de lege ferenda</i>	102
V. Exkurs: Notwehr in einem europäischen Wirtschaftsstrafrecht	104
1. Notwehr im europäischen Kartellrecht	104
2. Notwehrtatbestand in einem europäisierten Wirtschaftsstrafrecht?	107
VI. Ergebnis: Notwehr im Wirtschaftsstrafrecht	108
B. Der rechtfertigende Notstand	109
I. Einführung: „Wirtschaftlicher Notstand“ und Rechtfertigung	109
II. Der rechtfertigende Notstand (§ 34 StGB) in der allgemeinen Rechtfertigungs- lehre	112
1. Notstandslage	113
a) Kreis möglicher Erhaltungsgüter und wirtschaftliche Interessen	113
b) Notstand zugunsten staatlicher Interessen	115
c) Sog. Jedermannsgefahren	116
2. Notstandshandlung	117
a) Erforderlichkeit	117
b) Interessenabwägung	119
c) Angemessenheit	121
III. Möglichkeit eines Rückgriffs auf Notstandsregeln im Wirtschaftsstrafrecht	123
1. Einordnung der Problematik: Behördliches Verfahren und Notstand	123
2. Vorliegen einer rechtmäßigen Behördenentscheidung	125
3. Vorliegen einer fehlerhaften Behördenentscheidung	127
4. Verwaltungsentscheidung einholbar	129
5. Zwischenergebnis: Möglichkeit einer Rechtfertigung nach Notstandsregeln im Wirtschaftsstrafrecht	130
IV. Geldwerte Vermögensinteressen als notstandsfähige Rechtsgüter und Gegenstand der Interessenabwägung	130
1. Rechtfertigung im sog. „Geldnotstand“?	131
a) Der sog. Konzertreise-Fall (BGHSt 12, 299 ff.)	132
aa) Vorschriften mit Vermögensbezug als ein die Angemessenheit aus- schließendes gesetzliches Verfahren?	133
bb) Vermögensverlust als von jedermann zu tragende Gefahr?	135

cc) Fehlen der Notstandslage bei nach der Gattung bestimmbar- griffsgütern?	136
b) Mandantengelder-Fall (BGH NJW 1976, 680 f.)	137
aa) Anforderungen an die Abwägung im Geldnotstand	138
bb) Die Bedeutung der Notstandshilfe	142
cc) Ausschluss des Notstands durch eigenverantwortliches Herbeiführen der Rechtfertigungslage?	142
c) Zwischenergebnis: Geldwertes Vermögen und Notstandsdogmatik	144
d) Übertragbarkeit auf Gewinnerwartungen der Anteilseigner in Kapitalge- sellschaften?	145
aa) Aktienrechtsakzessorische Bestimmung der Treupflicht und Rechtf- tigung	145
bb) Rechtfertigung gemäß den Gesichtspunkten zum Geldnotstand?	147
2. Kollision tätereigener Vermögens- mit geldwerten Verbandsinteressen an Ge- heimhaltung	149
a) Geldwerter Vermögenswert von Geheimhaltungsinteressen	149
b) Abwägungsmaßstab bei Beeinträchtigung von Geheimhaltungsinteressen .	150
3. Zwischenergebnis: Geldnotstand	152
V. Unternehmensgefährdung und Notstand	152
1. Ausschluss der Angemessenheit nach § 34 S. 2 StGB?	153
a) Rechtsnatur des Eingriffsgutes	154
b) Anforderungen an ein vorrangiges gesetzliches Verfahren	156
2. Abwägung bei Unternehmensgefährdung	157
a) In der Unternehmensgefährdung betroffene Rechtsgüter	158
b) Die Bedeutung der Arbeitsplätze	159
c) Weitere Aspekte der Interessenabwägung	161
3. Zwischenergebnis: Notstand und Unternehmensgefährdung	162
VI. Exkurs: Grenzüberschreitende Bestechungen aus Deutschland heraus in ein kor- ruptes Marktumfeld im Ausland	164
1. Anwendbarkeit deutschen Strafrechts und Bedeutung der Sozialadäquanz ...	165
2. Rechtfertigung grenzüberschreitender Bestechungshandlungen gemäß § 34 StGB?	166
a) Widerspruch zwischen grenzüberschreitenden und im Ausland vorgenom- menen Bestechungshandlungen sowie Erwägungen zu einer Tatbestands- einschränkung	166
b) Möglichkeit des Rückgriffs auf § 34 StGB?	168
c) Geeignetheit und Erforderlichkeit	169
d) Interessenabwägung	169
aa) Mögliche Erhaltungsgüter und Eingriffsgut	170
bb) Grad der drohenden Gefahr	171
cc) Ausmaß der drohenden Rechtsgutsverletzung	172

dd) Größe der Rettungschancen	172
ee) Zusammenfassung zur Interessenabwägung	173
3. Ergebnis zur Rechtfertigung von grenzüberschreitenden Bestechungen	174
C. Die rechtfertigende und die mutmaßliche Einwilligung	175
I. Die rechtfertigende Einwilligung im Wirtschaftsstrafrecht	175
II. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung als ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	177
1. Die rechtfertigende Einwilligung	178
a) Rechtssystematischer Standort von Einwilligung und Einverständnis	178
b) Dispositionsbefugnis und Einwilligung	182
c) Weitere Wirksamkeitsvoraussetzungen	183
2. Die mutmaßliche Einwilligung	184
III. Bedeutung der rechtfertigenden Einwilligung für unternehmensbezogene Straftaten	186
1. Verzicht der Anteilseigner auf strafbewehrte Verlustanzeige	187
a) Möglichkeit einer rechtfertigenden Einwilligung	187
aa) Bestimmung des Rechtsguts in §§ 84 GmbHG, 401 AktG	189
bb) Auswirkungen auf die Einwilligungsfähigkeit der Gesellschafter	191
b) Anforderungen an die Einwilligung	192
c) Zwischenergebnis: Verzicht der Gesellschafter auf die strafbewehrte Verlustanzeige	194
2. Einwilligung der Gläubiger in die Insolvenzverschleppung	195
a) Abgrenzung zum Tatbestandsausschluss	196
b) Einwilligungsfähigkeit der Gläubiger	197
3. Exkurs: Einwilligung der vorhandenen Gesellschaftsgläubiger im Rahmen der §§ 283 ff. StGB	198
4. Zusammenfassung: Bedeutung der rechtfertigenden Einwilligung für unternehmensbezogene Straftaten	200
IV. Entschleierte Schmiergeldzahlungen	200
1. <i>Korkengeld</i> -Entscheidung und Kritikpunkte	201
2. Entschleierung als Fall der rechtfertigenden Einwilligung?	204
a) Rechtsgutsbestimmung in § 299 Abs. 1 StGB	206
aa) Das Allgemeininteresse „Wettbewerb“	206
bb) Geschützte Belange des Prinzipals	207
b) Einwilligung bei mehreren betroffenen Rechtsgütern	209
c) Lösung bestehender Rechtsfragen über die Einwilligungsdogmatik	213
3. Ergebnis: Entschleierte Schmiergelder und Einwilligung des Geschäftsherrn	215
V. Die mutmaßliche Einwilligung bei der Untreue	215
1. „Mutmaßliches Einverständnis“ und unvollständiger Treugeberwille	216

2. Mutmaßliche Einwilligung bei Handeln wider zuvor erteilte Vorgaben	218
a) Handeln entgegen von Weisungen und mutmaßliche Einwilligung	218
b) Rechtfertigung des ausgleichsbereiten und leistungsfähigen Täters?	219
3. Ergebnis: Mutmaßliche Einwilligung im Untreuestrafrecht	221
D. Rechtfertigungsgründe im Unterlassungsdelikt	222
I. Einführende Überlegungen: Unzumutbarkeit und rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	223
II. Rechtfertigende Pflichtenkollisionen im Wirtschaftsstrafrecht?	227
III. „Unzumutbarkeit“ normgemäßen Verhaltens und Rechtfertigung im Wirtschaftsstrafrecht	231
1. Fälle der sog. „Unzumutbarkeit“ im Rahmen der Vorverschuldenshaftung nach § 266a Abs. 1 StGB	232
a) Einführung: Unmöglichkeit der Leistung bei Fälligkeit und <i>omissio libera in causa</i>	232
b) Rechtfertigung bei nach § 266a Abs. 1 StGB strafbarem Vorverhalten?	233
aa) Vereitelung eingeleiteter Einzelzwangsvollstreckung	235
bb) Arbeitsplätze und Existenzhaltung	237
c) Zwischenergebnis	238
2. „Unzumutbarkeit“ der Verlustanzeige für den Geschäftsleiter	239
3. Kleinbeteiligtenprivileg und „Unzumutbarkeit“ der Stellung eines Insolvenzantrags bei Führungslosigkeit (§ 15a Abs. 3 InsO)	241
IV. Ergebnis: Rechtfertigungsgründe in Unterlassungsdelikten des Wirtschaftsstrafrechts	243

4. Teil

Weitere Fragestellungen des Wirtschaftsstrafrechts mit Bezug zur Rechtfertigungslehre

	245
A. Berufsbedingtes Verhalten und Rechtswidrigkeit	247
I. Allgemeine Rechtfertigung durch berufstypisches Verhalten?	249
1. Kurzer Überblick über den Meinungsstand zu „neutralem“ Verhalten	250
a) Leitlinien der Rechtsprechung	250
b) Kurzüberblick über den Meinungsstand in der Literatur	251
2. Sonderrechtfertigungsgrund bei rechtmäßiger Berufsausübung?	252
II. Verhältnis zu Sozialadäquanz und erlaubtem Risiko	256
III. Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Tätigkeiten der Rechtspflege und deren Rechtfertigung	258
1. Rechtfertigung des Strafverteidigers beim Vorwurf der Geldwäsche?	258
2. Rechtfertigung von sog. <i>gate-keepers</i> ?	264
IV. Ergebnis: Berufsbedingtes Verhalten und Rechtfertigung	266

cc) Rechtliche Präzisierung möglicher Erhaltungsgüter	309
dd) Interessenabwägung und Angemessenheit	311
3. Zusammenfassung: Konzerninteressen in der Rechtswidrigkeit	313
II. Verschiedene Fälle gesellschaftsrechtlicher Pflichtenkollisionen mit Bezug zum Strafrecht	314
1. Abwehr eines feindlichen Übernahmeangebots zur Gefahrenabwendung von der Gesellschaft	314
2. Strafrechtliche Produkthaftung und kapitalmarktrechtliche Pflichten	318
a) Einführung in einen möglichen Pflichtenkonflikt	318
b) Einfluss der Ad-hoc-Publizität auf die Kollisionslage	318
c) Auflösung der Konfliktlage	319
3. Sonderzahlung an sog. „räuberische Kleinaktionäre“	321
a) Strafrechtliche Risiken für den Vorstand in dieser Situation	322
b) Interessenkonflikt und Rechtfertigungsregel	323
c) Erwägungen zu Interessenabwägung und Angemessenheit	324
4. Doppelmandate im Wirtschaftsstrafrecht	325
a) Das Doppelmandat als Quelle von Pflichtenkonflikten	326
b) Kurzübersicht über die Grundsätze zur Behandlung von Doppelmandaten im Gesellschaftsrecht	327
c) Bestimmung des einschlägigen Kollisionsprinzips	328
d) Möglichkeit einer Rechtfertigung?	329
5. Zusammenfassung: Kollision von Gesellschafts- und Drittinteressen	331
E. Pflichtenkonflikt zwischen arbeitsstraf- und gesellschaftsrechtlicher Haftung	332
I. Entwicklung der Geschäftsleiterpflichten nach Eintritt der materiellen Insolvenz	333
1. Zeitliche Dimension der Frage und gesetzliche Grundlagen für die Pflichtenkollision	334
2. Die Lösung der Rechtsprechung	336
a) Genereller Vorrang der Sozialversicherungsbeiträge und „Pflichtenkollision“ vor Eintritt der Insolvenzreife	336
b) Auswirkungen der entgegenstehenden Massesicherungspflicht nach Eintritt der materiellen Insolvenz	338
c) Zusammenfassung: Die Lösung der Rechtsprechung	341
II. Möglichkeit und Ausgestaltung einer Rechtfertigungslösung	341
1. Kollidierende Pflichten und Bedeutung der Rechtfertigung	342
2. Tatbestandsausschluss wegen rechtlicher Unmöglichkeit?	343
a) Rechtliche Unmöglichkeit im Unterlassungsdelikt	344
b) Anwendung auf das Zahlungsverbot des § 64 S. 1 GmbHG	345
c) Zwischenergebnis	346
3. Art der Pflichtenkollision und Bestimmung der Kollisionsregel	346

4. Ausgestaltung einer Lösung nach Notstandsgesichtspunkten	349
a) Rechtfertigender Notstand während des Laufs der Insolvenzantragspflicht, § 15a Abs. 1 InsO	350
aa) Voraussetzungen des rechtfertigenden Notstands und betroffene Ein- griffs- bzw. Erhaltungsgüter	350
bb) Kein Ausschluss der Angemessenheit nach § 34 S. 2 StGB	351
cc) Maßstab für die Interessenabwägung	353
dd) Übertragung des Abwägungsmaßstabs auf die vorliegende Pflichten- kollision	354
b) Phase nach Ablauf der Insolvenzantragspflicht	357
aa) Bedeutung der betroffenen Erhaltungsinteressen	357
bb) Gewicht des durch § 266a Abs. 1 StGB geschützten Beitragsaufkom- mens	359
III. Ergebnis zur Kollision zwischen § 266a Abs. 1 StGB und dem Gebot zur Mas- seerhaltung	360
IV. Weitergehende Bedeutung der Rechtfertigungslösung	361
F. Rechtfertigungsgründe im Umfeld von unternehmerischer Compliance und Whistle- blowing	362
I. Rechtfertigungsgründe und unternehmerische Compliance	364
1. Grundlagen von unternehmerischer Compliance und Strafbarkeitsrisiken eines Compliance Officers	365
2. Erweiterung des Rechts- bzw. Pflichtenkreises eines Compliance-Beauftragten durch „Notrechte“?	368
a) Eskalationsrecht zugunsten des Compliance Officers	368
aa) Bedürfnis nach einem Eskalationsrecht in Ausnahmesituationen	370
bb) Ausgestaltung einer „Rechtfertigungslösung“	372
b) Garantenpflicht in der Eskalationslage?	374
c) Zwischenergebnis	375
3. Kollision der Compliance-Pflicht mit Vorgaben des Datenschutzrechts	376
a) Bedeutung der von Mitarbeitern geführten Kommunikation für effektive Corporate Compliance	376
b) Genereller Ausschluss eines Rückgriffs auf die Kommunikation der Mitar- beiter zur Erfüllung der Compliance-Pflicht?	377
aa) Unangemessenheit einer unternehmensinternen Aufklärung aufgrund eines Vorrangs der §§ 100a ff. StPO?	378
bb) Ausschluss einer Rechtfertigung wegen besonderen Schutzes des Fernmeldegeheimnisses?	379
4. Zwischenergebnis	380
II. Rechtfertigung strafrechtlicher Haftungsrisiken beim sog. Whistleblowing	381
1. Strafrechtlicher Schutz eines <i>Whistleblowers</i> durch Rechtfertigungsgründe?	382
a) § 34 StGB bei Kollision von Geheimnisschutz und Strafverfolgungsinter- essen	384

b) Strafverfolgungsinteresse und andere mögliche Erhaltungsgüter	385
c) Erforderlichkeitsprüfung bei einer Anzeige außerhalb des Unternehmens	387
d) Notstandsabwägung	388
e) Zwischenergebnis: Schutz eines Hinweisgebers durch Rechtfertigungsgründe	390
2. Rechtfertigung eines Hinweisgebers bei Übermittlung von Steuerdaten an den deutschen Staat?	391
a) Haftungsrisiken für einen ausländischen Bankangestellten nach deutschem Strafrecht	391
b) Rechtfertigung zugunsten des Hinweisgebers?	393
aa) Fehlende Angemessenheit der Notstandshandlung?	394
bb) Voraussetzungen und Grenzen eines „Rechts zur Offenbarung“	395
cc) Anforderungen an das subjektive Rechtfertigungselement	398
c) Zwischenergebnis	399
III. Ergebnis: Rechtfertigungsgründe im Zusammenhang mit Compliance und Whistleblowing	400

5. Teil

Zusammenfassung der Ergebnisse und Konklusion	402
A. Übersicht über die wichtigsten Ergebnisse zum Einsatz von Erlaubnissätzen im Wirtschaftsstrafrecht	402
I. Zur Notwehr	402
II. Zum rechtfertigenden Notstand	403
III. Zu rechtfertigender und mutmaßlicher Einwilligung	404
IV. Zum Unrechtsausschluss bei Unterlassungsdelikten	406
V. Zur Rechtfertigung bei berufsbedingtem Verhalten und bei Handeln aufgrund einer verwaltungsrechtlichen Genehmigung	407
VI. Zum Unrechtsausschluss aufgrund privater Weisungen und in Pflichtenkollisionen mit gesellschaftsrechtlichem Bezug	408
VII. Zur Bedeutung von Erlaubnistatbeständen im Zusammenhang mit unternehmerischer Compliance bzw. Whistleblowing	410
B. Resümee zu Rechtfertigungsgründen im Wirtschaftsstrafrecht	411
Literaturverzeichnis	413
Stichwortverzeichnis	451

Beispielverzeichnis

Beispiel 1 53

Beispiel 2 54

Beispiel 3 54

Beispiel 4 54

Beispiel 5 111

Beispiel 6 111

Beispiel 7 111

Beispiel 8 111

Beispiel 9 111

Beispiel 10 176

Beispiel 11 177

Beispiel 12 222

Beispiel 13 222

Beispiel 14 247

Beispiel 15 247

Beispiel 16 248

Beispiel 17 268

Beispiel 18 268

Beispiel 19 286

Beispiel 20 298

Beispiel 21 298

Beispiel 22 332

Beispiel 23 363

Beispiel 24 363

Beispiel 25 363

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
a.a.O.	an anderem Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
a.E.	am Ende
AEUV.	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht/ Aktiengesellschaft
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingung(en)
AktG	Aktiengesetz
Allg.	Allgemein(e)
Alt.	Alternative
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
AO	Abgabenordnung
ArbG	Arbeitsgericht
ArbRA	Redaktion Arbeitsrecht Aktuell
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz (Abkürzung)
arg. e.	argumentum e(x)
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (Zeitschrift)
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BankR	Bankrecht
BayOblG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Beck OK	Beck'scher Online Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BegrRegR	Begründung zum Regierungsentwurf
Beschl.	Beschluss
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt

BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
BKA	Bundeskriminalamt
BKartA.	Bundeskartellamt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht (Zeitschrift)
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAB	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drucks.	Drucksachen des deutschen Bundesrates
BT	Besonderer Teil
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Cass. crim.	Cour de cassation (Chambre criminelle)
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift (Zeitschrift)
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DJ	Die Justiz (Zeitschrift)
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DVB1.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
ebda.	ebenda
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einf.	Einführung
EStG	Einkommenssteuergesetz
etc.	et cetera
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
f., ff.	folgende
FK	Frankfurter Kommentar
FMFG	Finanzmarktförderungsgesetz
Fn.	Fußnote(n)

FS	Festschrift
GA	Goldammers Archiv für Strafrecht (Zeitschrift)
Gaz. pal.	Gazette du palais (Zeitschrift)
gem.	gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz
GenStA	Generalstaatsanwalt/-schaft
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GK	Gemeinschaftskommentar
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GroßKomm	Großkommentar
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR-RR	GRUR-Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
GRV	Gesellschaftsrechtliche Vereinigung
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz)
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
HRRS	Höchstrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht (Zeitschrift)
Hrsg.	Herausgeber
i.A.	im Allgemeinen
i.E.	im Ergebnis/im Einzelnen
i.H.v.	in Höhe von
InsO	Insolvenzordnung
IntBestG	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internatio- nalen Geschäftsverkehr (Gesetz zur Bekämpfung internationaler Be- stechung)
i.S.v.	im Sinne von
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Js	Ermittlungsverfahren (Staatsanwaltschaft)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Woche (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KapAEG	Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetz
KG	Kammergericht

KK	Kölner Kommentar
KMG	Österreichisches Kapitalmarktgesetz
Komme	Entscheidung der Europäischen Kommission
krit.	kritisch
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtsprechung (Zeitschrift)
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
LG	Landgericht
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht
m.a.W.	mit anderen Worten
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht (Zeitschrift)
m.E.	meines Erachtens
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
MMR	Multimedia und Recht (Zeitschrift)
Mot.	Motive zum BGB
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NK	Nomos Kommentar
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungsreport (Zeitschrift)
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
n.v.	nicht veröffentlicht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht – Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung (Zeitschrift)
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Zeitschrift)
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht (Zeitschrift)
o. ä.	oder ähnlich(es)
OGH	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
OGHSt	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone in Strafsachen
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Pharma Recht	Pharma Recht (Zeitschrift)
PR	Public Relations
RdA	Recht der Arbeit
RDG	Rechtsdepesche für das Gesundheitswesen (Zeitschrift)
Reg.-Begr.	Begründung der Bundesregierung

RegE.	Entwurf der Bundesregierung
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer(n)
Rspr.	Rechtsprechung
RT-Drs.	Drucksachen des Reichstages
RTE	Revue trimestrielle de droit européen
S.	Seite(n), Satz
SchwZStrafR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
Slg.	Amtliche Sammlung von Entscheidungen auf europäischer Ebene siehe oben sog. sogenannte(r, s)
st.	ständig(e)
StA	Staatsanwalt/-schaft
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StR	(in) Strafsache(n)
str.	streitig
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
s. u.	siehe unten
TierSchG	Tierschutzgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
u. a.	unter anderem/ und andere
unstr.	unstreitig
u. U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom
Var.	Variante
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht (Zeitschrift)
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
vgl. o.	vergleiche oben
VO	Verordnung
vor	Vorbemerkung
VRS	Verkehrsrechtssammlung (Zeitschrift)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WissR	Zeitschrift für Wissenschaftsrecht (Zeitschrift)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpAIv	Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung
WpDVerOV	Verordnung zur Konkretisierung der Verhaltensregeln und Organisationsanforderungen für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung)
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel

WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
WpÜG-AngebotsVO	Angebotsverordnung zum Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
WuW/E BGH	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs
WuW/E OLG	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungssammlung der Oberlandesgerichte
z. B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz (Zeitschrift)
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht (Zeitschrift)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (Zeitschrift)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzpraxis
ZIS	Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium (Zeitschrift)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Zeitschrift)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (Zeitschrift)
z. T.	zum Teil
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht – Rechtsprechungsdienst (Zeitschrift)
zust.	zustimmend
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)

1. Teil

Einführung

A. Rechtfertigungsgründe im Wirtschaftsstrafrecht als Gegenstand der Untersuchung

„Im Wirtschaftsstrafrecht spielen die Rechtfertigungsgründe [...] keine große Rolle.“¹

Apodiktische Feststellungen dieser Art finden sich immer wieder in Abhandlungen zum Wirtschaftsstrafrecht.² Auf den ersten Blick erscheint die zitierte Aussage einleuchtend. Denn weder Richter noch Staatsanwälte oder Strafverteidiger werden bei den klassischen Wirtschaftsdelikten zunächst an eine mögliche Rechtfertigung des Täters denken. Ist doch eine Notwehrverteidigung gegen einen Steuerbescheid oder eine Berufung auf den rechtfertigenden Notstand zur Mehrung des eigenen Vermögens regelmäßig abwegig. Gleichwohl haben in der höchstrichterlichen Rechtsprechung zum Wirtschaftsstrafrecht Erwägungen zu einem Unrechtsausschluss an verschiedenen Stellen eine Rolle gespielt.³ Einschlägige Urteilsfeststellungen betreffen ganz unterschiedliche Problemkreise und greifen zu deren Lösung nicht auf einen einheitlichen Rechtfertigungsgrund zurück. Daneben finden sich auch in der wissenschaftlichen Diskussion immer wieder Rückgriffe auf Erlaubnissätze, wenn die Strafwürdigkeit von „marktbezogenem“ Verhalten infrage gestellt wird.⁴ Die Widersprüchlichkeit dieses Befunds legt eine genauere Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen einer Rechtfertigung im Wirtschaftsstrafrecht nahe. In der vorliegenden Arbeit soll deshalb die Unrechtseinschränkung durch Rechtfertigungsregeln für den besonderen Bereich der Wirtschaftskriminalität dargestellt und untersucht werden.

Vor dem Hintergrund des volkswirtschaftlich empfindlichen Schadens, den Wirtschaftsdelinquenz anrichtet,⁵ und den gesellschaftspolitischen Implikationen

¹ *Dannecker*, in: Wabnitz/Janovsky, 1. Kap. Rn. 38; ebenso *Niemeyer*, in: Müller-Gugenberger/Bieneck, § 17 Rn. 23.

² Vgl. auch *Wittig*, Wirtschaftsstrafrecht, § 5 Rn. 12; § 7 Rn. 1; *Rotsch*, in: Momsen/Grützner, WiStra, 1. Kap. B. Rn. 62; *Salvenmoser/Schreier*, in: Achenbach/Ransiek, XV Rn. 44.

³ Vgl. z. B. RGSt 30, 25, 27 f.; BGH bei *Dallinger*, MDR 1975, 722, 723; BGHSt 12, 299 ff.; 48, 307, 310.

⁴ Vgl. für eine erste Übersicht *Tiedemann*, AT, Rn. 187 ff.

⁵ Allein im Jahr 2012 gibt der vom Bundeskriminalamt veröffentlichte, am Katalog des § 74c GVG orientierte Bundeslagebericht zur Wirtschaftskriminalität (http://www.bka.de/nn_1

einschlägiger Strafverfahren⁶ ist nachvollziehbar, dass das Wirtschaftsstrafrecht in den Fokus von Öffentlichkeit und Rechtspraxis gerückt ist. Gleichwohl wurde die Dogmatik des Allgemeinen Teils (§§ 1–78 StGB, Art. 1 EGStGB) für den Bereich der Wirtschaftsdelikte bislang noch nicht umfassend aufgearbeitet und angepasst.⁷ Anhand von einzelnen Fällen wird zwar immer wieder deutlich, dass die Strafrechtslehren des Allgemeinen Teils auch für Sachverhalte mit engem Bezug zum Wirtschaftsleben große Bedeutung entfalten. – Hier sei nur auf die Fragen nach der Unterlassungsstrafbarkeit eines Compliance Officers (§ 13 StGB)⁸ oder im Wirtschaftsstrafrecht auftretende Beteiligungsprobleme⁹ verwiesen. Darstellungen zu den Grundstrukturen der Verbrechenlehre für diesen sich rasch entwickelnden Teilbereich des Strafrechts („Allgemeiner Teil des Wirtschaftsstrafrechts“) bleiben gleichwohl selten. Die Auswirkungen von Wirtschaftsdelinquenz auf die Straftat und ihren Aufbau werden nur vereinzelt und anhand von bestimmten Fallgruppen hinterfragt.

In besonderem Maße trifft dies auf die Rechtfertigungslehre zu. Im Hinblick auf Erlaubnissätze herrschende Unklarheiten im Wirtschaftsstrafrecht resultieren zum einen daraus, dass sich mögliche Anknüpfungspunkte für einen Unrechtsausschluss über den gesamten Bereich des wirtschaftsbezogenen Nebenstrafrechts erstrecken. Fragen der Rechtfertigung stellen sich zu Tatbeständen des AktG oder GmbHG, können aber auch mit dem Datenschutzrecht in Zusammenhang stehen.¹⁰ Diese Verteilung einzelner Themenstellungen über verschiedene Gesetze hinweg erschwert eine systematisierende Erfassung. Zum anderen werden aus den Besonderheiten bzw. dem eigenständigen Charakter von Wirtschaftsdelinquenz¹¹ keine Rückschlüsse für die Wertungsstufe der Rechtswidrigkeit¹² gezogen. Jenseits von orientierungsstiftenden Leitentscheidungen steht die strafrechtliche Diskussion um eine mögliche Rechtfertigung von Wirtschaftsstraftätern regelmäßig noch am An-

93360/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Wirtschaftskriminalitaet, S. 4, zuletzt eingesehen am 30. 11. 2013) eine Gesamtschadenssumme von EUR 3,75 Mrd. an und geht dabei von einem großen Dunkelfeld aus.

⁶ Man denke nur an die „Gerechtigkeitsdebatte“, die im Zuge der steuerstrafrechtlichen Ermittlungen gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post AG, Klaus Zumwinkel, ausgelöst wurde. Dazu etwa Der Spiegel Nr. 46/2008, S. 52 f.

⁷ Vgl. *Hombrecher*, JA 2012, 535; *Tiedemann*, AT, Rn. 97 f., der vor der unreflektierten Annahme eines Primats des Allgemeinen Teils über den Besonderen Teil warnt.

⁸ BGHSt 54, 44, 49 f.; vgl. dazu *Rönnau/Schneider*, ZIP 2010, 53 ff.; s. u.: 4. Teil F.I.

⁹ Ausführlich *Botke*, JuS 2002, 320 ff.; *Mansdörfer/Trüg*, StV 2012, 432 ff.

¹⁰ s. u.: 4. Teil F.I.2.a).

¹¹ *Möhrenschlager*, NSTZ 1981, 19 und passim, der den Zeitpunkt für die eigenständige Entwicklung des Rechtsgebiets auf ca. 1970 festsetzt. Vgl. jüngst auch *Hassemer*, wistra 2009, 169, 172.

¹² Vgl. zur Wertungsstufe der Rechtswidrigkeit im allgemeinen Verbrechensbegriff schon RGSt 2, 376, 377; 61, 247 ff.; aus heutiger Sicht *Fischer*, Vor § 13 Rn. 43.

fang.¹³ Die erst beginnende Beschäftigung mit dem Unrechtsausschluss in diesem Bereich erstaunt, wenn man sich vor Augen führt, dass andere Kernbereiche des Wirtschaftsrechts einen Rückgriff auf die strafrechtliche Rechtfertigungslehre zur Lösung von Interessenkonflikten teilweise für unausweichlich halten.¹⁴ Ferner erscheint nicht schon von vornherein eindeutig, aus welchen Gründen dem Wirtschaftsstraftäter im Unterschied zum „gewöhnlichen“ Delinquenten eher die Rolle als *Verteidiger*, als *Retter* oder als *Ermächtigt* zu versagen wäre.¹⁵

Schließlich liegt es aus rechtstheoretischer Sicht nahe, sich damit auseinanderzusetzen, wie sich die Besonderheiten wirtschaftskriminellen Verhaltens auf die Wertungsebene Rechtswidrigkeit auswirken.¹⁶ Insofern sind die allgemeinen Lehren stets an den Voraussetzungen der einzelnen Regelungsgegenstände des Besonderen Teils zu messen und daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie angemessene Ergebnisse für jeden der einzelnen Bereiche zu liefern imstande sind. Auch in „umgekehrter Richtung“ sind Wechselwirkungen denkbar und zwar dergestalt, dass die allgemeine Dogmatik durch wirtschaftsgeprägte Sachverhalte bereichert und bestenfalls präzisiert werden kann.¹⁷ Der Rückgriff auf die klassische Rechtfertigungslehre oder gar das Bedürfnis nach eigenständigen, bereichsspezifischen Rechtfertigungsgründen im Bereich der Wirtschaftsdelikte bedarf daher einer kritischen Würdigung.

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es vor diesem Hintergrund zunächst einmal, Fallgestaltungen und Themenkreise herauszuarbeiten, in denen die Wertungsebene der Rechtfertigung Bedeutung erlangt oder ein Unrechtsausschluss diskutiert wird. Zur Veranschaulichung wurden zu einschlägigen Sachverhaltskonstellationen, in denen eine Rechtfertigung möglich erscheint, jeweils *Beispiele* gebildet und der Untersuchung vorangestellt. Auf sie wird dann im Rahmen der Bearbeitung zurückgegriffen. Soweit sich entsprechende Bezüge ergeben, finden sich zum Teil auch Querverweise zu *Beispielen* aus jeweils anderen Teilen der Arbeit. Schon hier sei darauf hingewiesen, dass zwei Problemkreise, die mit einer Rechtfertigung im Wirtschaftsstrafrecht immer wieder in Verbindung gebracht werden, nicht schwerpunktmäßig behandelt werden können: Das gilt zunächst für das große Thema der Zustimmung von Gesellschaftern zu pflichtwidrigen Handlungen eines

¹³ Vgl. etwa zur Rechtfertigung einer Untreuehandlung jüngst LK¹²-Schünemann, § 266 Rn. 198 f.; zur *künftigen* Rolle einer hypothetischen Einwilligung Rönau, StV 2011, 753, 755 f.

¹⁴ Vgl. etwa Fleischer, ZIP 2005, 141, 147; Lutter, in: 40 Jahre Der Betrieb, S. 193, 203; Poelzig/Thole, ZGR 2010, 836, 857 und passim.

¹⁵ Zu dieser „Kurzformel“ für eine Rechtfertigung Marwedel, ZStW 123 (2011), 548, 555.

¹⁶ Rütters/Fischer, Rechtstheorie, Rn. 139 fordern den Rechtsanwender dazu auf, den Weg von der besonderen Norm in den „Allgemeinen Teil“ zurückzugehen; vgl. auch Bierling, Juristische Prinzipienlehre, Bd. 3 (1905), S. 196.

¹⁷ Tiedemann, AT, Rn. 95 ff. verweist etwa darauf, dass *pars pro toto* im Bereich des § 17 StGB („Rechtsirrtum“) und der Kausalitätslehre („Produkthaftung“) wesentliche Entwicklungen auf den wirtschaftsstrafrechtlichen Kontext zurückzuführen sind. Zu weiteren Besonderheiten eines „Allgemeinen Teils des Wirtschaftsstrafrechts“ Hombrecher, JA 2012, 535 ff.